

Jahr 2008 wurden vom Bund 8,7% des BIP (Bruttoinlandsprodukt) für Verteidigung ausgegeben, hingegen für den Posten Bildung und Forschung nur 3,2%.<sup>3</sup> Im Jahr 2005 stellten Bund, Länder und Gemeinden dem Bildungsbereich Mittel in Höhe von 3,9 % zur Verfügung. Im Jahr 1995 entsprach ihr Finanzbeitrag noch 4,1 % des BIP.<sup>4</sup> Bei diese Ergebnissen handelt es sich um politische Entscheidungen und nicht um interessenneutrale Sachzwänge.

*Fazit: Geld ist genug da*

<sup>3</sup>Vgl. Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011, S.11

<sup>4</sup>Vgl. Bildungsfinanzbericht 2008, S. 29

## 5. Behauptung

### Die Mehrheit der StudentInnen ist für Studiengebühren.

Richtig ist: Die Umfragen, die diese Einschätzung zu stützen scheinen, werden in der Öffentlichkeit bewusst fehlinterpretiert. In einer forsa-Umfrage wurde, in den Jahren 1998, 2000 und 2003 die Meinung zu verschiedenen Studiengebühren-Modellen erfragt. Was jedoch ausdrücklich nicht gefragt wurde, war, inwieweit man für oder gegen die Einführung von Studiengebühren ist.<sup>5</sup> Das Ergebnis dann so zu deuten, als sei die Mehrheit von 1,8 Millionen StudentInnen für Studiengebühren, ist schlichtweg falsch.

*Fazit: Eine merkwürdige Umfrage*

<sup>5</sup>Vgl. Online unter URL: [http://www.che.de/downloads/forsaergebnisse\\_149.pdf](http://www.che.de/downloads/forsaergebnisse_149.pdf)

## 6. Behauptung

### Studiengebühren sind im internationalen und europäischen Kontext üblich.

Deutschland hat auf dem Gebiet eine absolute Sonderstellung. Betrachtet man die 29 Länder der EU (inklusive der Schweiz und Norwegen) erheben lediglich 17 allgemeine Studiengebühren an öffentlichen Hochschulen. Von einer international üblichen Praxis kann daher wohl kaum die Rede sein.<sup>6</sup> Im bildungspolitischen Vorzeigeland Finnland wurde 1997 sogar die generelle Gebührenfreiheit festgeschrie-



ben und rund 83 Prozent der StudentInnen erhalten eine staatliche Förderung.<sup>7</sup>

*Fazit: Mangelnde Informationen*

<sup>6</sup>Vgl. Bei Studiengebühren in Europa keine Einheit. Online unter URL: <http://bildungsklick.de/a/58687/bei-studiengebuehren-in-europa-keine-einheit/>

<sup>7</sup>Vgl. HIS 2002, EURO STUDENT 2000

### Das vorerst letzte Argument Selbst wenn vieles gegen Studiengebühren spricht, kann es jetzt nur noch darum gehen, dass sie so studentInnenfreundlich wie möglich gestaltet werden.

Trotzdem lohnt es sich für eine Wiederabschaffung zu kämpfen! Wenn nicht besteht die Gefahr, dass sich die StudentInnen an die Situation gewöhnen und Studiengebühren zur Normalität würden. Dadurch würde die bereits bestehende Ungerechtigkeit im Bildungssystem zum Normalzustand.

...und sie wurden ja schließlich in Hessen aus genau diesen Gründen schon wieder abgeschafft.<sup>8</sup>

*Fazit: Fatalismus hilft nicht weiter*

<sup>8</sup>Vgl. Online unter URL: [http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?key=standard\\_document\\_34394420&rubrik=15662](http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?key=standard_document_34394420&rubrik=15662)

# Argumente gegen Studiengebühren

## eine Widerlegung von Behauptungen

### Impressum

Aktionsbündnis gegen Studiengebühren

Wöhlertstr. 19

10115 Berlin

abs@studis.de

[www.abs-bund.de](http://www.abs-bund.de)

Die ABS - Geschäftsführung ist telefonisch erreichbar unter:  
0163 - 759 084 1  
und  
0163 - 759 084 2

## 1. Behauptung

**Durch Studiengebühren tragen die tatsächlichen NutzerInnen von Bildungseinrichtungen auch die Kosten.**

Auch höhere Bildung muß als Menschenrecht allen gleichermaßen offen stehen. Menschen mit niedrigeren Einkommen haben jedoch einen schlechteren Zugang zu höherer Bildung. Die Erhebung von Studiengebühren verstärkt dieses Problem. Daher sollte es in der Debatte eigentlich darum gehen, wie Kosten und Nutzen staatlicher Bildungseinrichtungen verallgemeinert werden können und wie ein gerechteres Steuersystem geschaffen wird, das auch SpitzenverdienerInnen (ob AkademikerInnen oder NichtakademikerInnen) zu einer adäquaten Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzieht. Zudem beziehen sich die VertreterInnen dieser Behauptung überwiegend auf Untersuchungen aus den frühen achtziger Jahren, deren Daten wohl kaum noch als aktuell angesehen werden können.<sup>1</sup>

*Fazit: Studiengebühren sind nicht gerecht*

1Vgl. Gröske, Karl-Dieter (1994), "Verteilungseffekte der öffentlichen Hochschulfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland - Personelle Inzidenz im Querschnitt und Längsschnitt", in Lüdeke, Reinar (Hrsg.), Bildung Bildungsfinanzierung und Einkommensverteilung II. Schriften des Vereins zur Socialpolitik, NF Bd. 221/II. Berlin: Duncker & Humblot, 71-147



## 2. Behauptung

**Die Vorteile überwiegen die Nachteile, da die Einführung mit einem sozial verträglichen Finanzierungssystem (insbesondere Studienkredite) verbunden ist, welches es jeder und jedem ermöglicht, unabhängig vom Einkommen des Elternhauses zu studieren.**

Diese Argumentation reduziert die Diskussion jedoch auf die Frage der individuellen Zumutbarkeit von verzinsten Krediten und entkoppelt somit die Bildungschancen von den gesamtgesellschaftlichen Faktoren. Die Debatte wird also entpolitisiert. Bildungschancen sind aber nicht nur an die finanziellen Mittel des Einzelnen gebunden, sondern auch an den persönlichen Umgang mit einer möglichen Verschuldung (und dies bei immer unsicher werdenden beruflichen Perspektiven) und dem familiären Umfeld. Oder wie ist es zu erklären, dass zwischen 6.000 und gut 18.000 (!!!) der SchulabgängerInnen des Jahrgangs 2006 aufgrund von Studiengebühren auf ein Hochschulstudium verzichtet haben und das trotz angeblich „sozial verträglicher“ Finanzierungssysteme?<sup>2</sup>

*Fazit: Sozialverträgliche Studiengebühren gibt es nicht*

<sup>2</sup>Vgl. HIS 2009 „Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten“!

## 3. Behauptung

**Studiengebühren stärken die Position von StudentInnen innerhalb der Hochschule, da sie als KundInnen geworben werden, wodurch sich die Qualität der Lehre perspektivisch bessern müsste.**

Die Realität zeigt jedoch, dass Studiengebühren keineswegs den gesellschaftlichen oder hochschulpolitischen Einfluss von StudentInnen erhöhen. Ganz im Gegensatz ist an den Hochschulen eine verstärkte Fremdbestimmung und Abhängigkeit von WirtschaftsvertreterInnen (Hochschulräte) zu beobachten. Die Folgen liegen auf der Hand. Studienfächer werden nach ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit finanziert (MINT-Fächer, Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Zudem wird die Selbstbestimmung der StudentInnen bei Form und Inhalt des Studiums zunehmend eingeschränkt (z.B. höhere Prüfungsdichte).

*Fazit: Es gibt keine KonsumentInnensouveränität*

## 4. Behauptung

**Es ist kein Geld mehr da. Die staatlichen Bildungsausgaben müssen weiter sinken und zu einer privaten Kostenbeteiligung gibt es somit keine Alternative.**

Richtig ist: Es ist genug Verteilungsmasse für eine expansive öffentliche Bildungsfinanzierung vorhanden. Im

